LINKES ECHO

Infoblatt *DIE LINKE.* im Ilm-Kreis ►►►►►►► DIE LINKE.

Linkes Echo 15. Jahrgang | Monat September 2009 | Preis: Spende

Hartz IV abwählen!

Dieses Gesetz demütigt, grenzt aus und macht arm, vor allem Kinder. Also weg damit! Wir kämpfen für eine Mindestsicherung, die vor Armut schützt.

www.fuer-gerechtigkeit.de

DIE LINKE.

So gesehen...

...ist der Thüringer LINKEN gelungen, was ihr nicht jeder zugetraut hat: Sie konnte ihr Wahlergebnis erneut steigern. Hatte sie bei der Landtagswahl 2004 mit 26,1 Prozent der Wählerstimmen die SPD, die auf 14,5 Prozent gekommen war, weit hinter sich gelassen, so erreichte DIE LINKE diesmal 27,4 Prozent, während die SPD zwar leichten Zuwachs verzeichnete, aber mit 18,5 immer noch deutlich unter ihren lautstark verkündeten Zielen blieb.

Die Fakten sollten schon noch einmal betont werden, gerade weil die SPD nun vor Kraft kaum noch laufen kann und sich als „Königsmacherin" feiern lässt.

Aus den Wahlergebnissen vom 30. August ergibt sich, dass trotz prozentualer Steigerung 27 Mandate auf die neue Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag entfallen, das ist eins weniger als in der vergangenen Legislatur und hängt mit dem Einzug der Grünen (6,2 Prozent) und der FDP (7,6 Prozent) in das nunmehrige Fünf-Parteien-Parlament zusammen.

Besonders erfreulich sind die von LINKEN-Kandidaten in den Thüringer Wahlkreisen gewonnenen 14 Direktmandate (2004 waren es noch fünf – die SPD erkämpfte diesmal lediglich in zwei Wahlkreisen das Direktmandat). Dabei erzielte Petra Enders mit 40 Prozent der Wahlkreisstimmen das beste Landes-Erstimmen-Ergebnis der LINKEN. Das war einfach Spitze und ist ihrer engagierten Arbeit als Bürgermeisterin, aber vor allem auch ihrem unerschrockenen Kampf gegen den Energieriesen Vattenfall zu danken, wofür sie ein bis nach Bayern reichendes Bündnis von Bürgerinitiativen geschmiedet hat.

Sehr gut schnitt auch Ina Leukefeld ab: 39,4 Prozent (drei Prozent über dem LINKEN-Ergebnis im Wahlkreis Suhl), während es ihr CDU-Konkurrent nur auf 24,9 Prozent brachte. Damit gab sie allen Bescheid, die ihr die Würdigkeit, dem Landtag anzugehören, absprechen wollen. Hingewiesen sei an dieser Stelle auch auf das hervorragende Direktwahlergebnis für den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag, Dieter Hausold, der es in seinem Wahlkreis Gera II auf 39,6 Prozent der Stimmen brachte.

Eine ganze Reihe vertrauter und profilierter LINKEN-Politikerinnen und -Politiker werden dem neuen Thüringer Landtag nicht mehr angehören, während neun Landtagsabgeordnete neu hinzukommen: An vorderster Stelle Spitzenkandidat Bodo Ramelow, bisher stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion, sowie über die Landesliste Knut Korschewsky, der Landesvorsitzende der LINKEN, Birgit Keller, Vorsitzende der Nordhäuser Kreistagsfraktion der LINKEN, die Erfurter Stadtvorsitzende der LINKEN, Karola Stange, aber auch Martina Renner, bisher Mitarbeiterin der Fraktion, die in unserem Kreis, in Bittstädt, wohnt.

Als weitere Gewinner eines Direktmandats – und nicht auf der Landesliste angetreten – werden erstmals für DIE LINKE im Thüringer Landtag vertreten sein: Dr. Gudrun Lukin, Jenaer Kreisvorsitzende der LINKEN, und Mitglied des Bundesvorstands der Partei. In ihrem Wahlkreis landete Kultusminister Bernward Müller abgeschlagen auf Platz 3. Dr. Thomas Hartung, Weimarer Stadtrat und Mitglied des Thüringer Landesvorstands der LINKEN, schlug im Wahlkreis Weimar den CDU-Landtagsabgeordneten Peter Krause, der wegen seiner umstrittenen Rechts-Lastigkeit bei der letzten Kabinettsumbildung als designierter Kultusminister zurückzogen werden musste. Eine Überraschung war auch das Abschneiden des Bürgermeisters der Solar-Kommune Viernau (Kreis Schmalkalden Meiningen) Manfred Hellmann. Er schlug in seinem Wahlkreis den CDU-Landtagsabgeordneten und Kultusminister a.D. Prof. Dr. Jens Goebel. Trotz nicht ausreichender Platzierung auf der Landesliste schafften über den Gewinn des Direktmandats außer Petra Enders auch die bisherigen Landtagsabgeordneten der LINKEN Heidrun Sedlacik und Katja Wolf erneut den Einzug ins Parlament.

Egal, wie jetzt die Sondierungsverhandlungen zur Regierungsbildung für DIE LINKE verlaufen werden, sie hat alle Vorraussetzungen, um sich mit ganzer Kraft für das einzusetzen, wofür sie die Menschen gewählt haben: Mehr soziale Gerechtigkeit, längeres gemeinsames Lernen, mehr Personal in den Kindertagesstätten, eine Energiewende, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen...

Und Solidarität vor Ort, wo die Menschen Zuhause sind und manchmal nicht mehr ein noch aus wissen. Ihnen zur Seite zu stehen, auch auf diese Stärke sollten wir achten, meint,

Annette Rudolph

Der Kreisvorstand informiert über neue Mitglieder des Kreisverbandes*:

Storm, Alexander; geb. 16.07.1993; GRÄFENRODA, Str. des Friedens 4; Eintritt am 09.07.2009

Hähnel, Jens; geb. 23.01.1969; 98693 Ilmenau, Albert-Pulvers-Str. 11; Eintritt am 30.08.09

Gonzalez Wittiham, Amado Lyvan; geb. 09.12.1987; 98693 Ilmenau, Mühlenstr. 14; Eintritt am 30.08.2009

Meisenzahl, Petra; geb. 09.06.1964; 99334 Ichtershausen, Wilhelm-Hey-Str. 12;
Eintritt am 30.08.2009

*Gemäß §2 der Bundessatzung informiert der Kreisvorstand an dieser Stelle über neue Mitglieder. Jedes Mitglied hat das Recht, innerhalb von 6 Wochen Einwände beim Kreisvorstand vorzutragen.

Inhalt:

Petra Enders mit bestem Einzelergebnis aller KandidatInnen der LINKEN in Thüringen	Seite 3
Dank an allen, die den Wahlkampf organisiert, Texte verfasst, KandidatInnen unterstützt haben	Seite 4
Sozialrichter Jens Petermann, Arnstädter Stadtrat der LINKEN, kandidiert für den Bundestag	Seite 5
Jetzt gilt es, für eine starke Linke im nächsten Bundestag zu kämpfen	Seite 6
„Arnstadt im Herbst 89"	Seite 7
Perspektive der Feuerwehren nicht dem Selbstlauf überlassen	Seite 9
„Die Fragen nach Koch und Kellner" - Dieter Althaus – das Buch zum Rücktritt	Seite 10
Ein Stolperstein für Friedrich Gärtner	Seite 11
Termine	Seite 12

Landtagswahl 2009 – bestes Wahlergebnis der LINKEN im Ilm-Kreis

Petra Enders mit bestem Einzelergebnis aller KandidatInnen der LINKEN in Thüringen

Der 30. August 2009 war für DIE LINKE. im Ilmkreis ein guter Tag. Im Ergebnis eines engagierten Wahlkampfes haben der Partei 15.408 Wählerinnen und Wähler (=28,3 Prozent) ihre Stimme gegeben. Das waren nur 155 Stimmen weniger als die CDU erhielt.

Unsere beiden Kandidatinnen errangen 17.485 Stimmen (=32,2 Prozent), deutlich vor den MitbewerbeInnen der CDU, die 15.994 (=28,7 Prozent) Stimmen erreichten. Abgeschlagen die SPD, die ilmkreisweit 17,9 Prozent Parteistimmen bekam, und ihre DirektkandidatInnen 15,9 Prozent.

Mit Recht können wir vom bisher besten Ergebnis der LINKEN bei Wahlen im Ilmkreis sprechen und mit Stolz sagen wir: Unser Versprechen, im Superwahljahr 2009 „30 Prozent plus x“ zu erreichen und stärkste Partei zu werden, haben wir eingelöst!

Das Ergebnis wird durch den grandiosen Sieg von Petra Enders beim Kampf um das Direktmandat noch weiter aufgewertet. Mit 40 Prozent Stimmenanteil hat sie nicht nur ihre Hauptkonkurrentin Beate Misch von der CDU ganz klar abgehängt sondern auch das beste Einzelergebnis aller KandidatInnen der LINKEN in Thüringen erreicht.

Herzlichen Glückwunsch Petra!

Nicht ganz in diese Sphären vorstoßen konnte erwartungsgemäß Sabine Berninger. Im nördlichen Ilmkreis war die Konstellation anders. Hier hat sich unsere Einschätzung bestätigt, dass vier etwa gleichstarke KandidatInnen um das Direktmandat kämpfen.

Sabine hat souverän fünf Prozent hinter Klaus von der Krone (CDU) und 6,7 Prozent vor Eleonore Mühlbauer (SPD) den zweiten Platz erreicht. Hoch einzuschätzen ist die Tatsache, dass sie in der Kreisstadt Arnstadt das beste Einzelergebnis erreichen konnte.

Auch an Sabine unsere herzliche Gratulation.

Den Erfolg auf der ganzen Linie perfekt

machen die errungenen Mandate von Frank Kuschel und Martina Renner. Sie wurden über die Landesliste in den Thüringer Landtag gewählt. Damit kommen vier Abgeordnete der neuen, 27-köpfigen Fraktion der LINKEN aus unserem Kreisverband.

Ein stolzes Ergebnis.

Kein Zufallsergebnis, sondern nach harter, konzentrierter Arbeit errungen.

Jetzt, in einer ersten und damit möglicher weise vorschnellen Analyse das berühmte Haar in der Suppe zu suche, und das in einer solchen Einschätzung zu verbreiten, ist nach solch einem Ergebnis unangebracht. Wir sind selbstkritisch genug, um nicht abzuheben. Wir wissen, dass immer mehr Arbeit auf immer weniger Schultern verteilt werden musste. Wir kennen aber auch die Reserven und wir werden darüber zu sprechen haben – nach dem 27. September, dem Tag der Bundestagswahl.

Wir wissen, die Verantwortung nach solch einem Wahlerfolg wächst und die Kräfte scheinen zu schwinden. Die Leute, die uns gewählt haben erwarten aber, dass wir uns dieser Verantwortung stellen und dafür auch die Kraft aufbringen. Das ist die Herausforderung, der wir uns in den nächsten Monaten zu stellen haben.

Unser Dank gilt allen, die sich aktiv in die bisherigen Wahlkämpfe eingebracht haben. Stellvertretend für viele andere will ich hier Herbert Bachmann, Rolf Büttner und unseren Wahlbüroleiter Klaus Häßner nennen.

Der Dank und die Bitte weiter zu machen, kommen in einem Atemzug.

Am 30. August haben wir gezeigt, wir können Wahlen gewinnen.

Am 27. September haben wir die Chance, diesen Sieg zu wiederholen. Nele Hirsch und Jens Petermann brauchen unsere Unterstützung. Jede Zweit-Stimme ist eine Stimme für Gregor Gysi und Oskar Lafontaine und damit eine Stimme für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden, gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland, gegen die Rente mit 67, gegen Hartz IV und für den gesetzlichen Mindestlohn.

Er lohnt sich, sich dafür stark zu machen. Ich fordere alle auf, uns dabei zu helfen.

Eckhard Bauerschmidt
Kreisvorsitzender

Dank an alle, die den Wahlkampf organisiert, Texte verfasst, KandidatInnen unterstützt haben

Liebe Kandidatinnen und Kandidaten, liebe Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer,

ich möchte mich nach diesem großen Wahlerfolg bei jeder und jedem Einzelnen von Euch ganz herzlich bedanken! Wir haben es geschafft: Wir sind gestärkt aus dieser Wahl hervorgegangen, haben Althaus in die Knie gezwungen und zu einem historischen Tief von nicht einmal einem Drittel der abgegebenen Stimmen verholfen, und wir haben 14 Direktmandate gewonnen!

Das ist Euch allen zu verdanken. Jeder und jedem, die Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern geführt haben, jedem am Stand, in den Kleingärten, in den Kneipen, allen, die bei Aktionen mitgemacht haben, die Plakate aufgehängt und Briefe verteilt haben. Es ist allen zu verdanken, die den Wahlkampf organisiert, Texte verfasst, KandidatInnen unterstützt haben. Allen, die mit viel Zeit und persönlichem Einsatz für diesen Wahlsieg gearbeitet haben, sei an dieser Stelle mein allerherzlichster Dank sicher.

Jetzt müssen wir alle zusammen in die Zukunft blicken:

Wir haben einen deutlichen Auftrag der Wählerinnen und Wähler erhalten, in Regierungsverantwortung zu gehen

– und zwar mit unserem Ministerpräsidenten und mit unserem Anspruch auf die Gestaltungskraft im Land und haben dafür den Regierungsauftrag in einem Reformbündnis erhalten. Diesem werden wir gerecht werden und Euch nicht enttäuschen.

Wir haben 8,9 Prozent mehr als die SPD. Das ist ein eindeutiger Auftrag: Unser Ministerpräsidentenkandidat heißt Bodo Ramelow – und dabei bleibt es. Mit ihm sind wir zur Wahl angetreten, mit ihm haben wir ein grandioses Wahlergebnis erzielt und die CDU blamiert. Wenn die SPD nun versucht, den Ball in unser Feld zu spielen und behauptet, sie würden ja gerne einen Politikwechsel vollziehen, aber nun mal leider nicht mit Ramelow, können wir nur fragen: Warum nicht? Und wir werden keine Antwort bekommen. Es gibt nämlich keine.

Es bleibt dabei: wir wollen den Politikwechsel im Land, wir wollen Thüringen mit und für die Menschen verändern. Dafür ist Bodo Ramelow angetreten.

Jetzt geht es darum, auch zu den Bundestagswahlen DIE LINKE so stark zu machen, dass auch im Bund eine andere Politik möglich ist. Dafür werden wir in den nächsten Wochen gemeinsam kämpfen.

Mit solidarischen Grüßen
Knut Korschewsky
Landesvorsitzender DIE LINKE.
Thüringen

Danke, Christian!

Für Deinen unermüdlichen Einsatz im Wahlkampf seit dem 6. August 2009. Ohne Dein ehrenamtliches Engagement und Deine immerwährende Bereitschaft zu helfen, hätten wir ganz schön im Regen gestanden. Ohne zu fragen und zu fordern, hast Du Dich mit Deiner ganzen Kraft in unser Team eingebracht. Wenn sich alle unsere Sympathisantinnen und Sympathisanten so einbringen gewinnen wir die nächsten Wahlen mit Sicherheit. Danke, sagt das Team von Sabine Berninger!

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.
Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion:
Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de
Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 07.10. 2009. Auch im Netz unter: **http://www.die-linke-ilmkreis.de**

Sozialrichter Jens Petermann, Arnstädter Stadtrat der LINKEN, kandidiert für den Bundestag

Als Direktkandidat für den Bundestagswahlkreis 197 hat die Südthüringer LINKE Jens Petermann gewählt, der seit kurzem für DIE LINKE dem Arnstädter Stadtrat angehört.

Der Richter am Gothaer Sozialgericht, 46jährige Vater zweier Kinder, ist parteilos und als Landessprecher der neuen Richtervereinigung in Thüringen tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte setzt er im Bereich Justizpolitik, Arbeits- und Sozialrecht, Tarifrecht und Sportpolitik.

Jens Petermann ist in Arnstadt geboren und zur Schule gegangen (EOS Dr. Theodor Neubauer) und studierte bis 1989 Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität-Berlin (juristi-sches Staatsexamen und Abschluss als Diplom-Jurist). Er war dann tätig am Kreisgericht Arnstadt, am Kreisgericht Gotha und ab 1993 Richter am Arbeitsgericht Gotha und kommissarischer Vertreter des Direktors; 1998 kommissarischer Direktor des ArbG Gotha; 2001 Versetzung an das Arbeitsgericht Eisenach; 2002 Abordnung an das Arbeitsgericht Nordhausen; 2006 Abordnung an das Sozialgericht Gotha; 2008 Versetzung an das Sozialgericht Gotha und Ernennung zum Richter am Sozialgericht als ständiger Vertreter des Direktors; nebenamtlich Referent der dbb akademie thüringen (Fortbildung von Landesbediensteten) mit dem Schwerpunkt Arbeits- und Tarifrecht, insbesondere Eingruppierungsrecht.

Jens Petermann war von 2002 bis 2008 Vorsitzender des Verbandes der Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter Thüringens (VAT). Er ist Landessprecher der Neuen Richtervereinigung (NRV) für Thüringen und langjähriges Mitglied des Hauptrichterrates der Thüringer Arbeitsgerichtsbarkeit und des Gemeinsamen Ausschusses der Thüringer Hauptrichterräte.

Seine Beweggründe für seine Kandidatur zu den Bundestagswahlen am 27. September:

„Ich trete ein für - eine gerechte Sozialordnung als Fundament des Sozialstaates und zwingende Voraussetzung für individuelle Freiheit; soziale Gerechtigkeit und Freiheit sind zwei Seiten der gleichen Medaille,

- eine Arbeitsrechtsverfassung, die im Rahmen eines Arbeitsvertragsgesetzes u.a. ein Recht auf Arbeit, einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von neun Euro pro Stunde und eine Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden,
- die Überwindung von "Hartz IV" durch eine völlige Neuregelung des SGB II ohne diskriminierende und schikanierende Regelungen sowie Zusicherung bedarfsdeckender Regelsätze, die entsprechend den Preissteigerungen und den prozentualen Erhöhungen der Abgeordnetendiäten der MdB erhöht werden,
- eine sozial ausgewogene Steuergesetzgebung und die unverzüglich gebotene Reorganisation der Ökonomie, insbesondere der Finanzwirtschaft, in deren Zentrum der Mensch, das Gemeinwohl und die Umwelt stehen und nicht der Profit,
- ein demokratisch und antimilitaristisch verfasstes Europa, in dem die sozialen Rechte den gleichen Stellenwert wie die politischen Rechte haben,
- den Austritt aus der NATO und die sofortige Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr und damit die Wiederherstellung eines verfassungsgemäßen Zustandes,
- die Durchsetzung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bei Personen, die sich der Planung und Durchführung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges auf die BR Jugoslawien schuldig gemacht haben sowie die Entschädigung der Opfer dieses Krieges,
- bürgernahe und demokratisch verfasste Justiz durch Schaffung einer hierarchiefreien Justizstruktur und Demokratisierung der Justiz als eigenständige dritte Staatsgewalt – Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit durch Selbstverwaltung der Gerichte.“

Sozial, mit aller Kraft. DIE LINKE.

Jetzt gilt es, für eine starke Linke im nächsten Bundestag zu kämpfen

Liebe Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten im Ilmkreis,
unser Wahlkampf startet in die nächste Runde. Mit dem Rückenwind des überragend guten Ergebnisses bei den Landtagswahlen, gilt es jetzt, für eine starke Linke im nächsten Bundestag zu kämpfen. Und Gründe dafür gibt es genug.
Denn bei diesen Wahlen geht es um viel: Entschieden wird darüber, wer für die Wirtschaftskrise zahlen wird: die lohnabhängig Beschäftigten und Arbeitslosen oder diejenigen, die uns die Krise eingebrockt haben, die Manager und Profiteure der Finanzmarktblase.
Wird es endlich einen Richtungswechsel in der Bildungspolitik geben? Weg von der sozialen Auslese, den extrem ungleichen Bildungschancen in diesem Land? Wird endlich effektiv etwas unternommen gegen die Ausbildungsmisere, die viele junge Menschen in die Perspektivlosigkeit zwingt? Wird die Bundeswehr sich weiterhin weltweit an Kriegen beteiligen? Und wieviele deutsche Soldaten werden in Afghanistan noch sterben, wie viele zivile Opfer wird dieser Krieg noch kosten?
Klar ist: Wer Schwarz-Gelb verhindern will, der muss DIE LINKE wählen. Mit Schwarz-Gelb droht eine weitere gewaltige Runde der

Sozialkürzungen, des Lohnabbaus und der Mehrwertsteuererhöhung. 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger glauben Kanzlerin Merkel kein Wort ihrer Bekundungen, nach den Bundestagswahlen keine Steuern erhöhen zu wollen. Und ich denke, diese 80 Prozent schätzen das richtig ein.
Und wenn wir uns die SPD im Bund anschauen, dann sehen wir noch immer eine Partei, die Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung macht. Die Hartz-Gesetze werden vom Kanzlerkandiaten der SPD genauso verteidigt wie die Rente ab 67 und der Afghanistan-Krieg. Die SPD Bundestagsfraktion ist in den letzten vier Jahren nicht in der Lage gewesen, gegen den drohenden Sozialabbau Druck aufzubauen, im Gegenteil: Sie trägt ihn selbst auch weiterhin mit. Eine Chance, ihren Niedergang zu stoppen, hat sie doch eigentlich nur, wenn die Schröder-Epigonen um Müntefering und Steinmeier im September endlich abgewählt werden.
In Thüringen haben wir gezeigt, wie Schwarz-Gelb verhindert werden kann: Das geht nur mit einer starken Linken - Dafür brauchen wir jetzt jede Stimme! Und gemeinsam schaffen wir das, können wir das Land verändern!

Mit sozialistischen Grüßen,

Eure Nele Hirsch
Bundestagsabgeordnete und Direktkandidatin der LINKEN zu den Bundestagswahlen am 27. September im Wahlkreis Gotha/ Ilmkreis

„Arnstadt im Herbst 89“

…so der Titel einer Veranstaltung, die am 30. September im Arnstädter Theater stattfinden soll. Träger dieser Veranstaltung, die an die Ereignisse vom Herbst 1989 in Arnstadt erinnern soll, ist die „AG Demokratie braucht Zivilcourage“ des Arnstädter Stadtrates.
Wesentliche Inhalte dieser Veranstaltung bilden das Buch von Jörg Schönfelder „Der Mut des Einzelnen“, Artikel und Leserbriefe aus dem Herbst 1989 in Arnstadt, veröffentlicht auf der Kreisseite der Tageszeitung „Das Volk“, sowie Zeitzeugengespräche. Inhaltliches Ziel dieser Veranstaltung ist es, jene Zeit vor zwanzig Jahren noch einmal zu reflektieren. Dabei geht um die konkrete Darstellung der Situation, die unterschiedlichen Auffassungen, die einzelne Akteure, wie Dr. Arndt Effenberger, Jürgen Ludwig, Dr. Johanna Voigt, aber auch der Bürgermeister Bernd Markert vertreten haben. Sicher wird es dabei nicht möglich sein, die heutige Sicht auf die Zeit von vor zwanzig Jahren gänzlich auszusparen.
Jedoch das sei festzustellen: Es ging im Herbst 1989 nicht um einen Beitritt der DDR zur BRD. Es ging um eine veränderte DDR. „Für unser Land“ wie es die bekannte Schriftstellerin Christa Wolf in einem Aufruf vom Herbst 1989 formulierte.

Was aus den Positionen, Haltungen, Hoffnungen und Enttäuschungen jener von damals geworden ist, auch das lässt sich Nachlesen. Viele von ihnen haben sich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen, nicht nur weil sie zwanzig Jahre älter geworden sind.
Dem Abschlusskonzept für diese Veranstaltung „Einzige Alternative – Beitritt zur BRD“ kann man deshalb so nicht zustimmen. Auf der Tagesordnung stand in den letzten Monaten des Jahres 1989. einzutreten für eine andere DDR.
Wenn der 30. September 1989 in Arnstadt als Anlass genommen wird, so trafen sich an diesem Tag, ausgehend von einem Flugblatt, Bürgerinnen und Bürger, um sich für eine Demonstration am 7. Oktober zu verabreden. Übereinstimmend wird über diese „Zusammenkunft“ am 30. September 1989 auf dem Holzmarkt festgestellt, es waren Gespräche der etwa 30 Teilnehmer.

Dieses Datum wird in der Arnstädter Öffentlichkeit zum Anlass genommen, daraus den Beginn der „friedlichen Revolution“ abzuleiten, ja sogar, um ein weiteres neues Denkmal auf dem Holzmarkt zu errichten. Ein Denkmal, über das es keine öffentliche Diskussion gab, im Vergleich zu dem im vorigen Jahr „eingeweihten“. Es scheint, nimmt man die dazu nicht hergestellte (oder auch nicht gewollte) Öffentlichkeit, ein Denkmal von/für Herrn Köllmer und seine engste Umgebung zu sein, zu denen auch der „Bürgerrechtler“ Herr Hilbrecht gehört. Lassen wir uns überraschen.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukommen: Es gab in Arnstadt drei Demonstrationen mit unterschiedlichem Charakter. Am 30. September, um sich für den 7. Oktober zu verabreden. Am 7.Oktober, die mit einem unverhältnismäßigen Einsatz der Bereitschaftspolizei aus der Erfurter Bezirkshauptstadt endete. Wer diesen Einsatz befohlen hat, ist bis heute leider noch nicht geklärt. Und es gab am 14. Oktober eine dritte Demonstration, die friedlich endete.

Diese drei Demonstrationen werden in dem o.g. Buch sachlich dargestellt. Sicher, es gibt zu einzelnen Details unterschiedliche Auffassungen, vor allem von einigen damaligen Akteuren. Das ändert jedoch nichts am Wert dieses Buches für heutige Geschichtsbetrachtungen. Festzuhalten ist jedoch auch, neben den Polizeieinsätzen gegen friedliche Demonstranten in Berlin, die eine veränderte DDR wollten, gab es nur noch in Arnstadt einen derartigen Polizeieinsatz.

Wir werden uns in den nächsten Monaten an Hand der historischen Ereignisse, nicht an Hand von Geschichtsfälschungen, nach zwanzig Jahren darüber zu verständigen haben, wie der Prozess verlief: Von den Forderungen für eine veränderte DDR – einem Sozialismus mit mehr Demokratie – bis zum Beitritt der DDR zum Grundgesetz der BRD am 3. Oktober 1990. Von der Herrschaft eines allmächtigen Politbüros bis zur heutigen Herrschaft des Finanzkapitals.
Es gilt heute die Wahrheit: Sie dachten sie hätten die Macht, dabei haben sie nur regiert. Herr Ackermann und seine nächste Umgebung, saßen also zu recht im Bundeskanzleramt, als die wahren Machthaber der BRD, die die Linien der Politik bestimmen.
Das allerdings wollten die Demonstranten vom Herbst 1989 nicht.

Jochen Traut

„Heißt das, die CDU hat die friedliche Revolution herbeigeführt?“

Aus der Landtagsdebatte zum CDU-Gesetz zur Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung

In einer zweiten Sondersitzung des Thüringer Landtags am 13. August hat die CDU-Mehrheit den eigenen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung durchgeboxt. Im Folgenden Auszüge aus dem Plenarprotokoll:

Dieter Hausold, DIE LINKE:

(…) Im Grunde ging es Ihnen mit Ihrer Mehrheit nur um die Stigmatisierung des politischen Gegners, niemals, meine Damen und Herren, um wirklich ehrliche Vergangenheitsaufarbeitung und -auseinandersetzung.

(Zwischenruf Gerhard Günther, CDU: Pfui, pfui.)

(…) DIE LINKE hält die Öffnung und Beibehaltung der Öffentlichkeit der Stasiakten nach wie vor für richtig. Allerdings kritisieren wir die Art und Weise des Umgangs mit ihnen und vor allem den Fakt, dass die sie verwaltende Behörde sich ungeniert parteipolitisch vereinnahmen und missbrauchen lässt, meine Damen und Herren. Nach der allgemeinen Überzeugung einer großen Zahl von Zeithistorikern ist auch in diesem Zusammenhang die Aufarbeitung der DDR-Geschichte bisher weitestgehend gescheitert. Eine der wesentlichen Ursachen dafür - und das sagen Experten unverblümt - ist die politische Instrumentalisierung des Themas und der damit verbundene subtile Eingriff in die Wissenschaft. Das Ergebnis geschichtswissenschaftlichen Forschens war unter dem durch die Bundesregierung 1994 ausgegebenen Motto „Delegitimierung der DDR“ quasi in eine einzige Richtung und Betrachtung entwickelt.

Andrè Blechschmidt, DIE LINKE:

(…) Gerade die beabsichtigten Änderungen des Abgeordnetenüberprüfungsgesetzes sind brisant. Eine Verfassungswidrigkeit ergibt sich aus Sicht meiner Fraktion aus mehreren Aspekten. Sowohl der Sachverständige Bartl als auch der Sachverständige Herr Ziehm, der in Vertretung der Bundesbeauftragten, Frau Birthler, an der Anhörung teilgenommen hat, haben unmissverständlich darauf hingewiesen, dass der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion ab dem Jahre 2011 nicht mehr anwendbar sei, denn zum 31.12. läuft das Stasi-Unterlagen-Gesetz aus. Der Sachverständige Bartl kritisierte das Vorgehen der CDU als sogenannte Vorratsgesetzgebung, die verfassungsrechtlich unzulässig ist. (…) Dabei übersieht die CDU völlig, dass selbst das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen und auch weitere Gerichte immer wieder darauf verwiesen haben, dass Regelungen wie die zum Umgang mit den Stasiunterlagen, zur Überprüfung im öffentlichen Dienst, zur Überprüfung von Abgeordneten nur deshalb gerechtfertigt sind, weil sie in einer Übergangsphase nach der Wende 1989 ihre Funktion hatten. Nach nun 20 Jahren immer noch von einer solchen Übergangsphase zu sprechen, scheint unsererseits sehr problematisch zu sein. (…) Das von der CDU eingebrachte Änderungsgesetz ist auch unter dem Gesichtspunkt des Einzelfallgesetzes verfassungsrechtlich hoch problematisch. Man kann es auch mit Blick auf das Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 1. Juli 2009 eine „Lex Leukefeld“ bezeichnen. Das Verfassungsgericht hat in seinem Urteil herausgearbeitet, dass der Thüringer Gesetzgeber, sprich der Landtag, in der Vergangenheit bewusst darauf verzichtet hat, die Personengruppe K1 in das Gesetz aufzunehmen, und das in Zeiten, in denen der Rechtfertigungsgrund „Übergangsphase“ noch viel näher gelegen hat. (…) Der Sachverständige Bartl hat sehr ausführlich und klar herausgearbeitet, dass ein solcher Gesetzentwurf zum jetzigen Zeitpunkt verfassungsrechtlich nicht haltbar ist, weil in einer laufenden Wahlvorbereitung bzw. mehr noch in einer laufender Wahlhandlung - seit Montag finden die Briefwahlen statt - die Bedingungen für die Ausübung des späteren Mandats an entscheidenden Punkten verändert werden. (…)

Dieter Hausold, DIE LINKE:

(…)Es geht Ihnen darum, die CDU ins rechte Licht zu rücken und Wahlkampf auf Kosten eines sehr komplizierten Themas zu betreiben. Sie haben hier gesagt, nicht ausschließlich die CDU hat die friedliche Revolution herbeigeführt. Herr Mohring, was heißt das denn im Umkehrschluss? Heißt das, vor allem die CDU hat die friedliche Revolution in der DDR herbeigeführt? (…) Noch 1982 stand in der Satzung der CDU hier in der DDR, ich zitiere: „Die CDU ist eine Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Die unverrückbaren Ausgangspunkte des politischen Denkens und Handelns der christlichen Demokraten sind Treue zum Sozialismus, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft und Freundschaft zur Sowjetunion.“ Wenn Sie das mal nehmen, meine Damen und Herren, da hätten Sie viele, viele Stunden und viele, viele Debatten mehr aufwenden müssen, um sich mit der Position Ihrer Partei, die nahtlos von der West-CDU übernommen wurde, auseinanderzusetzen.

(Zwischenruf Christian Carius, CDU: Sie haben die Menschen vergewaltigt und jetzt verhöhnen Sie sie.)

Ich rede von der CDU, Herr Carius; ich rede nicht von den Opfern der SED-Diktatur. Das sind Sie nämlich vielfach nicht, meine Damen und Herren. Dazu wollen Sie sich aufschwingen (…) Wir haben uns nicht nur mit der Politik auseinandergesetzt, sondern wir haben gerade auch zur Auseinandersetzung mit den einzelnen politischen Biografien und ihrer Verantwortung in der DDR gestanden. Sie wollen die Geschichtsaufarbeitung auf die DDR im Allgemeinen und auf die LINKE begrenzen. Sie wollen die gesamte politische Debatte auf das Thema „Staatssicherheit“ reduzieren, aber sich mit Ihren persönlichen Biografien und Ihrem Wirken in der DDR

nicht auseinandersetzen. Sie wollen so tun, als wären Sie erst 1989/90 hier auf die Welt gekommen und hätten schon immer die Grundsätze des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vertreten. (…)
Die politische Hauptverantwortung für all das, was sich ergeben hat nach 1945, trägt die SED. Das ist nicht infrage zu stellen. Aber, Herr Althaus, verschiedene Minister aus Ihrem Kabinett, Frau Diezel, Ihr Landwirtschaftsminister Herr Sklenar, Sie alle waren in das politisch administrative System der Deutschen Demokratischen Republik einbezogen und wenn es im Schuldienst gewesen ist und wenn es als stellvertretender Schulleiter gewesen war. Deshalb ist Ihnen nicht anzukreiden, dass Sie das getan haben, aber Sie müssen doch auch mal deutlich sagen, Sie waren nicht diejenigen, die Widerstand gegen die Politik in der DDR wirklich geleistet haben.

(Zwischenruf Wolfgang Wehner, CDU: Das ist doch der Gipfel hier.)

Ich war es auch nicht und das habe ich mehrfach offen bekundet und zu meiner eigenen Verantwortung gesprochen. Aber Sie, Herr Althaus, und viele Ihrer Minister und viele Mitglieder der CDU waren es auch nicht, aber Sie tun heute so und das nehmen Ihnen die Menschen in diesem Land nicht mehr ab (…)
Und das sage ich hier zum Abschluss meiner Rede mit aller Ausdrücklichkeit, Frau Abgeordnete Leukefeld und Herr Abgeordneter Kuschel haben in 20 Jahren nach der friedlichen Revolution in unterschiedlichen Verantwortungen von der kommunalen Ebene innerhalb des Auseinandersetzungsprozesses und der Demokratisierung unserer Partei auf dem Weg von der SED zur Partei DIE LINKE und auch in diesem Thüringer Landtag um ein Vielfaches ihre Bewährung in der Demokratie nachgewiesen. Deshalb bin ich der Auffassung, wenn die Wählerinnen und Wähler dieses Landes angesichts dieser biografischen Kenntnis sich dafür entscheiden, dass diese beiden Menschen als Abgeordnete in diesem Landtag tätig sind, dann hat das sehr viel mit Demokratie zu tun, dann hat das mit den Stärken unserer Gesellschaft zu tun und dann ist das, meine Damen und Herren, eben nicht, wie Sie mit kleiner Meinung in einem kleinen Gremium meinen festzulegen, parlamentsunwürdig, sondern es ist würdig im Sinne der Demokratie und dieses Parlamentes, dass diese beiden Menschen hier sitzen.

Perspektive der Feuerwehren nicht dem Selbstlauf überlassen

Angesichts des Brand- und Katastrophenschutzberichts für 2008 erklärte Frank Kuschel, Landtagsabgeordneter der LINKEN: „Die vom CDU-Innenpolitiker Fiedler in einer Reaktion aufgezeigten Defizite bei der Unterbringung, Ausstattung und Ausrüstung der Feuerwehren sowie der Finanzierung der Jugendfeuerwehren sind nicht neu, sondern wurden von der LINKEN bereits im Zusammenhang mit der Neufassung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes thematisiert.“
Anstatt auf Vorhaben in der Zukunft zu verweisen hätte die CDU bereits vor Jahren auf die Hinweise der Feuerwehrangehörigen und die Vorschläge der LINKEN eingehen müssen. „Zwischenzeitlich wird in zahlreichen Thüringer Kommunen ein neuer Investitionsstau an Feuerwehrgerätehäusern und Feuerwehrtechnik deutlich. Es besteht dringender Investitionsbedarf, weil die Technik und Gebäude bereits mehr als 15 Jahre genutzt wurden“, so Kuschel.
Aufgrund der demografischen Entwicklung müsse jetzt eine Strukturdiskussion zu den Freiwilligen Feuerwehren geführt werden. „Es steigt die Anzahl der Orte, die tagsüber die Einsatzbereitschaft ihrer Ortsfeuerwehr nicht mehr sichern können, weil die Einsatzkräfte auswärts arbeiten. Eine Lösung des Problems wäre die stärkere Kooperation zwischen den Gemeinden. Dies darf aber nicht dem Selbstlauf überlassen werden“, sagte der Abgeordnete der LINKEN.
Das Eintrittsalter für die Jugendfeuerwehr auf sechs Jahre zu senken, dürfe nicht die einzige Maßnahme für eine gezielte Nachwuchsgewinnung sein: „Viel entscheidender ist, dass die Jugendfeuerwehren ausreichend finanziert sind, weil gerade hier eine Altersgruppe ausgebildet wird, die kurz vor den Eintritt in die aktive Feuerwehr steht. Fehlt in diesem Bereich Geld, ist zu befürchten, dass die Jugendlichen gar nicht erst in die aktive Feuerwehr übertreten“, sagte Frank Kuschel. Spätestens mit dem Haushalt 2010 müsse das Land deutliche Signale setzen.
Frank Kuschel weiter: "Selbst die CDU muss erkennen, dass ohne Ausbildungs- und Berufsperspektive die starke Abwanderung aus Thüringen anhalten wird, was unweigerlich zu Personalproblemen bei den Feuerwehren führen wird."

DIE LINKE.

„Die Fragen nach Koch und Kellner“

Ich bin zwar blauäugig, aber nun doch nicht wiederum so sehr, dass mir die politisch beeinflussende Absicht, um nicht von manipulativer Absicht zu sprechen, des Beitrags von Cornelie Barthelme in Freies Wort vom 28.08.2009 entgangen wäre.

Ihr Bericht von einer Pressekonferenz der beiden Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag ist mehr als nur tendenziös. Aussagen werden so verkürzt und interpretiert, dass sie mit dem tatsächlich Gesagtem nichts mehr zu tun haben. Also zur Lüge werden.
So wird suggeriert, dass Gysi die Frage stelle „Wer ist der Matschie?“ und sie gleichsam selbst beantworte: Ein Nichts. Jedenfalls für ihn. Gregor Gysi, Chef der Partei Die Linke.
Der Fraktionsvorsitzende (den Unterschied zwischen einem Parteichef und einem Fraktionsvorsitzendem sollte eine seriöse Journalistin kennen) Gysi fragte aber: Wer ist der Matschie, dass er ernsthaft glaubt, die Kraft zu haben, eine seit 1949 geltende Spielregel außer Kraft zu setzen? (bezogen darauf, dass die Partei mit dem besseren Wahlergebnis in einer Koalition den Regierungschef stellt – G.Z.)... Glauben Sie mir, die Kraft hat er nicht...

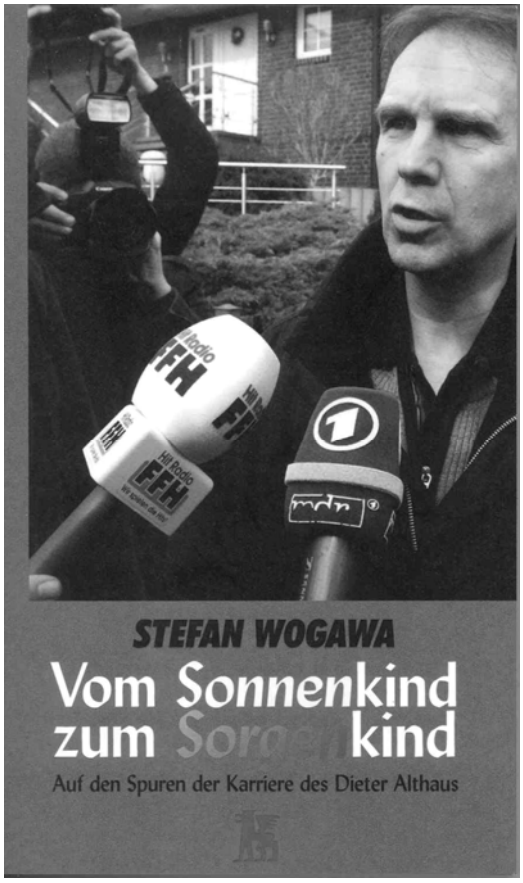
Einen politischen Kontrahenten als „Ein Nichts.“ zu bezeichnen, wäre eine schwere Entgleisung, die berechtigte Kritik von allen Seiten hervorrufen würde.

Warum wird auch die völlig normale Frage „Stellen Sie sich doch mal eine Sekunde lang vor, wir hätten einen solchen Beschluss gefasst...“, mit dem Einschub „...giftet Gregor Gysi...“ gleichsam selbst vergiftet?
Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen, sie durchziehen de facto den ganzen Beitrag. Der Artikel bewirkt in seinem Informationsgehalt, in Sprache und Stil einen Verriss von Politikern wie Gysi, Lafontaine und Ramelow und diskreditiert ganz nebenbei gleich eine Partei. Mit kritischem Journalismus, objektiver Information hat das nur wenig zu tun.
Gerade weil Freies Wort in der Region marktbeherrschend ist, sollte der Chefredaktion an einer besseren Qualität bundespolitischer Eigenberichterstattung gelegen sein.

Gabi Zimmer
Hinternah

Dieter Althaus – das Buch zum Rücktritt

Am 3. September ist Thüringens CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus zurückgetreten, nachdem seine Partei bei der Landtagswahl eine schwere Niederlage erlitten hat. Inzwischen sagen zahlreiche Kommentatoren, die bisher nicht gerade als kritische Begleiter der Regierungspolitik aufgefallen sind, man habe das ja schon immer gewusst.
In dem aktuellen Sachbuch „Vom Sonnenkind zum Sorgenkind“ blickt der Autor Stefan Wogawa hinter die Kulissen des Politikbetriebs der vergangenen Jahre und rekonstruiert den politischen Aufstieg von Althaus vom Abgeordneten zum Ministerpräsidenten. Er macht deutlich, wie das „System Althaus“ in der Thüringer CDU funktioniert hat. Thematisiert wird auch der schwere Skiunfall vom 1. Januar 2009 in Österreich, bei dem durch die Schuld von Althaus eine Frau ums Leben kam, und der ihn trotzdem bundesweit ins Interesse von Medien und Öffentlichkeit katapultierte.
Das kritische Porträt charakterisiert Althaus als Mann der Widersprüche, der dennoch in den letzten 19 Jahren die Politik im Freistaat maßgeblich mitbestimmte. Vor allem vier Skandale stehen im Mittelpunkt: der Umgang des CDU-Politikers mit seiner DDR-Vergangenheit, sein Versuch, die religiöse Schöpfungslehre als gleichwertigen Erklärungsansatz zur wissenschaftlichen Evolutionstheorie zu etablieren, der Versuch, den CDU-Rechtsaußen Peter Krause zum Kultusminister zu machen sowie schließlich sein fragwürdiger Umgang mit dem Unfall.
Autor Stefan Wogawa beschäftigt sich seit zehn Jahren intensiv mit der Landespolitik in Thüringen. Auf dieser Basis gelingt ihm ein genaues Bild des Spitzenpolitikers Dieter Althaus, der die Ansprüche, die er an andere Menschen stellt, selbst nicht ansatzweise erfüllt hat. „Pardon wird nicht gegeben“, jaulte denn auch der erzkonservative „Focus“ über das Buch. (W.S.)



Stefan Wogawa: Vom Sonnenkind zum Sorgenkind

Stefan Wogawa: Vom Sonnenkind zum Sorgenkind. Auf den Spuren der Karriere des Dieter Althaus, Greifenverlag zu Rudolstadt und Berlin, 160 Seiten, 12,90 Euro, ISBN 9783869390031
(Termine für Lesungen können mit dem Verlag abgesprochen werden)

Ein Stolperstein für Friedrich Gärtner

Unvergessen sind die Juli- und die Oktobertage des verhängnisvollen Jahres 1933 in der Stadt Großbreitenbach. Das dies so bleibt, ist Aufgabe der heutigen wie aller künftigen Generationen, denn die damaligen Ereignisse sind Mahnung und Verpflichtung: „Nie wieder Faschismus!“ und damit zwangsläufig „Nie wieder Krieg!“ müssen ihr Leben und Wirken bestimmen. Was damals in Großbreitenbach und in noch viel größerem Ausmaß in Berlin-Köpenick und anderen Städten geschah, waren keine „Ausrutscher“, keine „Übergriffe im Eifer des Gefechts“, sondern die Entfesselung des faschistischen Mobs und das düstere Vorzeichen für das, was der deutsche Faschismus ab 1939 über Europa und schließlich die ganze Welt bringen sollte – Tod und Verderben. Diese Bluttage, bei denen die örtliche SA unter ihrem Führer Schrickel zusammen mit Polizeioberwachtmeister Winter und auswärtigen SA- und SS-Leuten an die 60 Menschen, zumeist Mitglieder der KPD sowie einige SPD-Angehörige, willkürlich verhaftete und im Rathaus grausam misshandelte, sollten den immer noch anhaltenden Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft brechen. Staatlicherseits wurde dieser offene und unmenschliche Bruch (noch) geltenden Rechts, wurde dieser wüsten Orgie viehischer Grausamkeit tatenlos zugesehen – von Bürgermeister Menger geduldet, von seinen wegschauenden Beamten und Angestellten hingenommen. Keiner von ihnen half den Opfern, keiner von ihnen dachte daran, wenigstens mäßigend auf die sich austobenden, wie Amokläufer gebärdenden SA- und SS-Leute einzuwirken. Von den so Geprügelten, Geschundenen und Gefolterten traf es einen ganz besonders hart: Friedrich Gärtner, damals gerade 35 Jahre alt und am 14. Juli verhaftet worden, erlitt nicht nur schwerste physische, sondern auch psychische Schäden. Das hinderte die faschistische Justiz nicht daran, ihn zu einer dreißigmonatigen Haftstrafe zu verurteilen, die er in Ichtershausen unter so menschenunwürdigen wie unmenschlichen Bedingungen verbüßen musste: Mehrfacher strenger Arrest zerrüttete ihn vollends, machte aus ihm einen gebrochenen Menschen, ein seelisches Wrack. Fortan musste er viele Monate in Nervenheilanstalten verbringen, doch sein Martyrium nahm kein Ende. Im Sinne der faschistischen „Gesundheits“-Politik wurde er so zum Todeskandidaten, gehörte zu den Opfern, die mit der „Aktion T 4“ als „unnütze Esser“ ermordet wurden: Am 7. Dezember 1940 endete sein Leben in der Gaskammer der Anstalt Pirna-Sonnenstein. Den Angehörigen wurde als Todesursache „Lungenentzündung“ vorgelogen.

Gunter Demnig, Initiator des Projektes Stolpersteine

Nunmehr wird die Erinnerung an ihn durch einen Stolperstein vor seinem letzten Wohnhaus, heute Zwiebelmarkt 36, wachgehalten. Gut 50 Menschen hatten sich eingefunden, um an dieser kleinen Ehrung für ein Opfer des Faschismus teilzunehmen, darunter Familienangehörige und Nachfahren weiterer Opfer jener berüchtigten Großbreitenbacher Bluttage. Gemeinhin erwartet man ja zu solch einem Anlass Arbeiter- und Kampflieder, möglichst von einem Schalmeienorchester, wie es beim Roten Frontkämpferbund Tradition war, doch die vorgetragenen Saxofon-Soli waren nicht weniger aufrüttelnd und ergreifend. Wie ernst die Stadt Großbreitenbach die Forderung „Nie wieder Faschismus!“ und die Auseinandersetzung mit der Zeit der Nazi-Herrschaft im Ort nimmt, zeigte die bewegende Rede von Bürgermeisterin Petra Enders zum Lebens- und Leidensweg Friedrich Gärtners und seiner Schicksalsgenossen. Wäre das auch unter einem CDU-Bürgermeister möglich gewesen? Nach den Erfahrungen der letzten 20 Jahre zu urteilen, wohl kaum. So hat Großbreitenbach mit dem 12. August 2009 in dieser vom Antikommunismus, der „Grundtorheit unserer Epoche“ (Thomas Mann), geprägten Gesellschaft auch ein Zeichen gegen die herrschende Politik gesetzt, ein Zeichen dafür, allen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die dem Faschismus Widerstand leisteten. Diese Ehrung für den Kommunisten Friedrich Gärtner steht symbolhaft für den längst notwendigen Ausbruch aus einer ideologisch geprägten einseitigen staatlichen Erinnerungskultur, die nur den späten Widerstand der Teilnehmer am Attentat vom 20. Juli 1944 kennt, dagegen Kommunisten und auch Sozialdemokraten, die schon lange vor 1933 gegen die Nazi-Partei kämpften und die meisten Opfer zu beklagen hatten, ausschließt. Und außerdem – auch die Ehrung der Attentäter um Graf Stauffenberg ist letztlich halbherzig: Nicht nur, dass sie in der Ära Adenauer offiziell als „Landesverräter“ hingestellt wurden, es muss auch um die radikale Änderung eines Traditionsverständnisses der Bundeswehr gehen, die ihr Vorbild nach wie vor in der faschistischen Wehrmacht sieht. Die Anwesenheit des Künstlers und Initiators der Aktion „Stolperstein“, Gunter Demnig, steht letztlich auch dafür, die verkrusteten Verhältnisse in dieser BRD aufzubrechen und dem Ringen um die angemessene Ehrung aller Widerstandskämpfer, Verfolgten und Opfer des Faschismus jenseits antikommunistischer Scheuklappen einen weiteren Impuls zu geben.

Hans-Joachim Weise

Termine im Monat September

Fraktionssitzungen:

01.09.09	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
07.09.09	19.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Arnstadt, Ritterstraße; Landratsamt
08.09.09	16.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
22.09.09	16.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

Vorstandssitzungen:

02.09.09	15.00 Uhr	Gemeinsame Beratung des Kreisvorstandes und des Kreiswahlbüros. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff

Basisorganisationen:

08.09.09	09.30 Uhr	Basisvorsitzende nördlicher Ilm-Kreis. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff
08.09.09	09.30 Uhr	Basisvorsitzende südlicher Ilm-Kreis. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

Stadtrats-/Kreistagssitzungen:

03.09.09	16.00 Uhr	Stadtrat. Arnstadt; Stadthalle
09.09.09	14.00 Uhr	Kreistag. Arnstadt; Stadthalle
10.09.09	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau; Rathaus

Weitere Veranstaltungen:

09.09.09	15.00 Uhr	Renten- und Mietenberatung. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
13.09.09	10.00 Uhr	„Tag der Erinnerung und Mahnung“. Ilmenau; Karl-Zink-Denkmal
15.09.09	17.00 Uhr	Kreiswahlbüro. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff
27.09.09		Bundestagswahl
27.09.09	18.00 Uhr	Wahlparty. Arnstadt, Zimmerstraße 6
27.09.09	18.00 Uhr	Wahlparty. Ilmenau, Topfmarkt 4

Marktplatztour zur Bundestagswahl 2009

Montag, 14. 09.:	***11.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Ilmenau, Apothekerbrunnen***
Dienstag, 15. 09.:	***09.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Arnstadt, Hopfenbrunnen***
Mittwoch, 16. 09.:	***09.00 Uhr bis 11.00 Uhr, Langewiesen, Markt***
Donnerstag, 17. 09.:	***09.00 Uhr bis 11.00 Uhr, Stadtilm, Markt***
Freitag, 18. 09.:	***09.00 Uhr bis 11.00 Uhr, Gehren, Markt***
Samstag, 19. 09.:	***09.00 Uhr bis 11.00 Uhr, Gräfenroda, Rewe***
Montag, 21. 09.:	***14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, Ilmenau, Apothekerbrunnen***
Dienstag, 22. 09.:	***09.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Arnstadt, Hopfenbrunnen***
Donnerstag, 24. 09.:	***09.00 Uhr bis 11.00 Uhr, Großbreitenbach, Markt***
Freitag, 25. 09.:	***Wahlkampfaktionen in den Innenstädten von Arnstadt und Ilmenau***

Diese Infostände und Aktionen werden durch den Kreisvorstand abgesichert.
Petra Enders und Sabine Berninger sind in ihren Wahlkreisen jeweils dabei, einmal, um sich bei ihren Wählerinnen und Wählern zu bedanken, aber auch um diese und möglichst viele weitere Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, am 27. September ebenfalls DIE LINKE. zu wählen.
Die Basisgruppen in den Städten und Gemeinden sowie die Stadtvorstände Arnstadt und Ilmenau sind aufgefordert, weitere Aktivitäten zur Bundestagswahl zu organisieren.

Eckhard Bauerschmidt
Kreisvorsitzender

www.die-linke-ilmkreis.de